Bürokratielasten aus Sicht der deutschen Metall- und Elektro-industrie

Befragungsergebnisse und Handlungsempfehlungen

Klaus-Heiner Röhl / Edgar Schmitz

Köln, 29.06.2026

IW-Report 30/2026

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Herausgeber
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com
@iw_koeln

LinkedIn
@Institut der deutschen Wirtschaft

Instagram
@IW_Koeln

Autoren

Dr. Klaus-Heiner Röhl
Senior Economist für Mittelstandspolitik und Regionalpolitik
roehl@iwkoeln.de
030 – 27877-103

Edgar Schmitz
Senior Economist für Befragungen
schmitz@iwkoeln.de
0221 – 4981-733

DOI: 10.67087/12.21230

Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatikalische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:
Juni 2026

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung **4**

1 Einleitung **5**

2 Entwicklung des Bürokratieaufwands in der M+E-Industrie **6**

2.1 Entwicklung in den letzten drei Jahren 6

2.2 Gründe für den Bürokratieanstieg sowie das Scheitern bei ihrem Abbau 8

3 Bewertung der Arbeit der Verwaltungen **11**

4 Erfolgversprechende Maßnahmen zum Bürokratieabbau im Spiegel der Befragung **12**

5 Fazit und (wirtschafts)politische Lösungsansätze **15**

6 Abstract **16**

Abbildungsverzeichnis **17**

Literaturverzeichnis **18**

JEL-Klassifikation

D73 – Bürokratie; Verwaltungsprozesse in öffentlichen Organisationen
E61 – Politische Zielsetzungen; Politikgestaltung; politische Koordination
L59 – Regulierung und Industriepolitik: Sonstiges

Zusammenfassung

Die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie sind durch staatliche Bürokratie hoch belastet. Im Rahmen des IW-Zukunftspanels wurden im Herbst 2025 gut 1.080 Unternehmen zu ihrer Wahrnehmung der Bürokratiebelastung und ihrer Entwicklung, den Gründen für die Zunahme von Bürokratie und Regulierung sowie den Schwierigkeiten, Bürokratie wirksam abzubauen, befragt. 180 der teilnehmenden Unternehmen entstammten den Zweigen der Metall- und Elektroindustrie. 85 Prozent der Metall- und Elektrounternehmen beklagen eine Zunahme der Bürokratiebelastung innerhalb der vergangenen drei Jahre, drei von zehn Unternehmen mussten zur Bewältigung des Anstiegs zusätzliches Personal einstellen. Als Hauptgründe für die Zunahme werden die wachsende Anzahl der Gesetze und die zunehmende Komplexität der enthaltenen Regelungen angesehen. Kritisch wird auch die Rolle der Verwaltungen bewertet. Fast zwei Drittel der Unternehmen beklagen, dass Verwaltungsbeschäftigte Ermessensspielräume nicht angemessen ausschöpfen, und sechs von zehn Unternehmen bezeichnen das Bearbeitungstempo als zu langsam. Als Maßnahmen gegen die Gesetzesflut empfehlen die befragten Unternehmen eine wirksame Begrenzung der „Produktion“ neuer Gesetze und eine Überprüfung des Bestands auf Sinn und Wirksamkeit bei der Erreichung der angestrebten Ziele. 55 Prozent der Unternehmen geben an, dass ein spürbarer bis großer Anteil der Gesetze durch Selbstverpflichtungen ersetzt werden könnte. Als hilfreich werden auch eine Überprüfung der in den letzten Jahren stark zunehmenden EU-Gesetzgebung und ein konsequenter Verzicht auf eine nationale Übererfüllung von EU-Regelungen in Deutschland genannt. Insgesamt könnte ein Mindset-Wechsel hin zu einer stärker vertrauensbasierten Regulierung ein gangbarer Weg sein, um auf detaillierte bürokratische Bestimmungen zumindest partiell verzichten zu können.

1 Einleitung

Überbordende staatliche Bürokratie und eine detailversessene Regulierung werden von Bürgern und Unternehmen schon lange als Ärgernis angesehen, doch im Rahmen der längsten Stagnations- und Rezessionsphase der deutschen Nachkriegsgeschichte droht die Belastung aus Gesetzen und Verordnungen für immer mehr Unternehmen zur Existenzfrage zu werden. Denn die Bürokratiebelastung für Unternehmen hat in den letzten Jahren noch einmal zugenommen, wie verschiedene Untersuchungen zeigen (Hammermann/Röhl, 2025; Falck et al., 2024; Röhl, 2024a; NKR, 2025). Dies gilt auch für die deutsche Metall- und Elektroindustrie, wie die nachfolgende Auswertung zeigt.

Mittelständische Industrieunternehmen, etwa im Maschinenbau, sind dabei besonders belastet, wie Untersuchungen zum Bürokratieaufwand nach Unternehmensgröße verdeutlichen (Akalan et al., 2025; Icks/Weicht, 2023). Wie die nachfolgend für die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie ausgewertete Befragung von über 1.080 Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern im Rahmen des IW-Zukunftspanels gezeigt hat, geben 55 Prozent der Unternehmen an, dass der Bürokratieaufwand in den zurückliegenden drei Jahren spürbar gestiegen ist, ein weiteres Viertel sieht ihn zumindest als etwas erhöht. Fast ein Fünftel der Befragten musste zu seiner Bewältigung neue Stellen schaffen, bei den Unternehmen ab 250 Beschäftigten mussten dies sogar 73 Prozent (Röhl et al., 2026). Auch andere Wirtschaftszweige wie etwa die Chemie- und Pharmaindustrie zeigen sich durch Bürokratie sehr hoch belastet (Gruben et al., 2025).[1] Eine Entlastung der Wirtschaft und insbesondere der für den Standort Deutschland strukturprägenden Industrie mit vielen größeren, aber mittelständisch geprägten Industriebetrieben (Röhl, 2024b) erscheint daher dringend geboten (BDI-Expertenkreis zur Staatsmodernisierung, 2026).

Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse basieren auf einer Befragung von Unternehmen zur Bürokratiethematik im Rahmen der 52. Welle des IW-Zukunftspanels im Herbst 2025. Das IW-Zukunftspanel ist eine regelmäßig wiederholte Unternehmensbefragung, in der Geschäftsführer, Vorstände oder Leiter der Strategieabteilungen der Unternehmen befragt werden. Neben den jeweiligen Schwerpunktthemen werden im IW-Zukunftspanel auch Strukturdaten erhoben, mit denen sich die Unternehmen charakterisieren lassen. Für die Befragungsteilnahme werden die Unternehmen zufällig in einer nach Unternehmensgröße und Branche geschichteten Stichprobe aus einer Unternehmensdatenbank ausgewählt, um eine repräsentative Hochrechnung auf die Grundgesamtheit der Wirtschaft zu ermöglichen. Die Befragung im Rahmen des IW-Zukunftspanels wurde durch einen Online-Workshop mit Verbandsexperten vorbereitet, der im Sommer 2025 stattfand (Röhl et al., 2026). Mit 180 Unternehmen entstammten 16,5 Prozent der Befragten aus den Zweigen der M+E-Industrie wie dem Fahrzeugbau, dem Maschinenbau und der Elektrotechnik. Zunächst wird in Kapitel 2 auf die Entwicklung der Bürokratie in den zurückliegenden drei Jahren und auf die Gründe der von den Unternehmen wahrgenommenen Zunahme eingegangen. Kapitel 3 befasst sich mit einer Bewertung der Arbeit der Verwaltungen und Fachbehörden seitens der Unternehmen, während Kapitel 4 erfolgversprechende Maßnahmen zum Bürokratieabbau aus Unternehmenssicht vorstellt. Kapitel 5 schließt mit der Darstellung von Lösungsansätzen, wobei die Ergebnisse der Befragung mit Vorschlägen von Experten verknüpft werden.

[1] In einer Auswertung der Datenbank des Statistischen Bundesamtes zu den Bürokratiekosten aus der Bundesgesetzgebung (OnDEA-Datenbank) für die Pharmaindustrie in Deutschland kommen Gruben et al. (2025) auf branchenspezifische Belastungen in Höhe von 2,6 Milliarden Euro jährlich. Für die anderen Industriezweige einschließlich der Metall- und Elektroindustrie lassen sich in der Systematik der OnDEA-Datenbank jedoch kaum branchenspezifische Bürokratiekosten finden. Der Grund hierfür dürfte vor allem darin liegen, dass viele Regulierungen zwar branchenspezifisch wirken, aber nicht so eindeutig einer bestimmten Branche wie dem Maschinenbau oder der Elektroindustrie zuzuordnen sind, wie es bei der Pharmaregulierung der Fall ist.

2 Entwicklung des Bürokratieaufwands in der M+E-Industrie

2.1 Entwicklung in den letzten drei Jahren

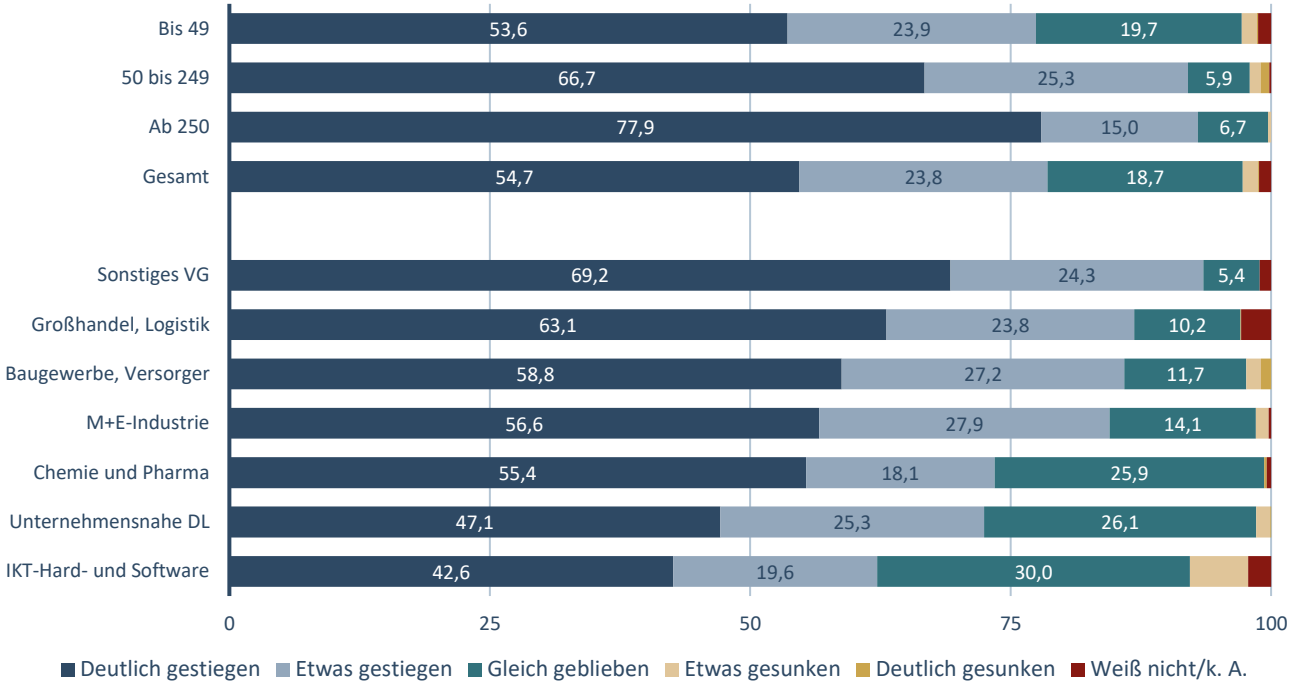
In der Befragung durch das IW-Zukunftspanel wurde zunächst nach der Veränderung der Bürokratiebelastung in den letzten drei Jahren aus Sicht der Unternehmen gefragt. Andere Studien weisen auf eine Zunahme der für Bürokratie aufgewendeten Arbeitszeit und des notwendigen Personaleinsatzes in den Unternehmen hin (Hammermann/Röhl, 2025; Diegmann/Kubis, 2025). Abbildung 2-1 gibt die Entwicklung des Bürokratieaufwands nach Größenklassen und Wirtschaftszweigen wieder. Dabei geben gut 80 Prozent der befragten Unternehmen an, dass der Aufwand zur Erfüllung gesetzlicher Berichts- und Dokumentationspflichten innerhalb der letzten drei Jahre gestiegen ist. Während insgesamt gut 55 Prozent der Befragten eine deutliche Zunahme angeben, sind es bei den Kleinunternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten 54 Prozent, in den Unternehmen mit maximal 249 Beschäftigten zwei Drittel der Befragten und bei den großen Mittelständlern und Großunternehmen oberhalb der KMU-Schwelle[2] von 250 Beschäftigten etwa 78 Prozent, die eine starke Zunahme des Aufwands bestätigen. Insgesamt sieht ein knappes Fünftel der Unternehmen den Bürokratieaufwand als unverändert an. Die Antwortoption, dass der Aufwand gesunken sei, wurde nur von 1,5 Prozent der Unternehmen ausgewählt.

Die Aufwandsentwicklung nach Wirtschaftssektoren zeigt, dass insbesondere die Industrie, aber auch der Handels- und Logistiksektor stark belastet sind. Besonders sticht dabei das sonstige Verarbeitende Gewerbe hervor. Knapp 94 Prozent der Unternehmen berichten in der Befragung von einem deutlichen Anstieg der Belastung, darunter 69 Prozent von einer starken und 24,5 Prozent von einer moderaten Zunahme. Auch im Bereich Großhandel, Logistik und Verkehr ergibt die Befragung eine hohe Belastungszunahme. 87 Prozent der Unternehmen berichten von einem Anstieg, darunter 63 Prozent von einer deutlichen Zunahme. Es folgen das sonstige Produzierende Gewerbe mit der Bauindustrie und den Versorgern, von denen 86 Prozent einen (deutlichen) Anstieg der Belastung erfahren haben, vor der Metall- und Elektroindustrie mit knapp 85 Prozent, wovon knapp 57 Prozent einen starken Anstieg angeben. Damit liegt der Wirtschaftszweig der Metall- und Elektroindustrie beim wahrgenommenen Belastungsanstieg noch vor der Chemie- und Pharmaindustrie mit 73,5 Prozent (deutlichem) Anstieg und auch vor dem Durchschnitt aller befragten Unternehmen aus Industrie und wirtschaftsnahen Dienstleistungen mit 78,5 Prozent (deutlichem) Anstieg. Weniger stark belastet zeigen sich die unternehmensnahen Dienstleistungen und der Informations- und Kommunikationstechnologiesektor (IKT).

[2] Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind laut EU-Definition Unternehmen, die weniger als 250 Beschäftigte aufweisen (und weniger als 50 Millionen Euro Umsatz besitzen). Diese Grenze führt dazu, dass viele mittelständische Unternehmen in Deutschland aus Sicht der EU-Regulierung als Großunternehmen gelten (Röhl, 2024b).

Abbildung 2-1: Wie hat sich der Aufwand zur Erfüllung gesetzlicher Berichts- und Dokumentationspflichten in den letzten drei Jahren entwickelt?

Angaben nach Größenklassen und Branchen, in Prozent, 2025



Sonstiges VG = sonstiges Verarbeitendes Gewerbe; Großhandel, Logistik: einschließlich Verkehr; M+E-Industrie: Elektroindustrie, Maschinenbau, Fahrzeugbau; Chemie, Pharma: einschließlich Grundstoffe; unternehmensnahe DL = unternehmensnahe Dienstleister; N = 1088

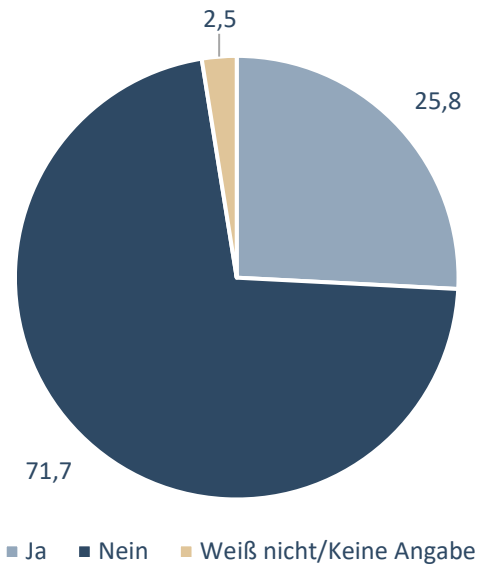
Quelle: IW-Zukunftspanel, 52. Welle, 2025

Aufgrund der Limitationen einer Unternehmensbefragung, die ohne tiefgreifende Recherchearbeit in den Unternehmen beantwortbar sein muss, konnte nur die Entwicklung, aber nicht die Höhe der kostenmäßigen Bürokratiebelastungen selbst in den M+E-Unternehmen ermittelt werden. Es gibt jedoch eine fallstudienbasierte Ermittlung der Bürokratiekosten für Unternehmen unterschiedlicher Größe im Maschinenbau durch das Institut für Mittelstandsforschung Bonn. 2023 wurden dabei zunächst die Bürokratiekosten aus der Bundesgesetzgebung betrachtet (Icks/Weicht, 2023), während 2025 in einer Folgestudie die gesamten bürokratieverursachenden Auflagen unabhängig vom Verursacher einbezogen wurden (Akalan et al., 2025). Dabei zeigte sich, dass die Bürokratiekosten für ein kleineres mittelständisches Maschinenbauunternehmen mit 170 Beschäftigten am höchsten waren. Bundesgesetze verursachten etwa 3 Prozent des Umsatzes an Kosten und die gesamte Bürokratiebelastung belief sich sogar auf mehr als 6 Prozent des Umsatzes. Das größte der drei einbezogenen Unternehmen, ein international aufgestellter Maschinenbauer mit 1.700 Beschäftigten, sah sich mit weniger als 1 Prozent des Umsatzes durch Bundesgesetze verursachter Kosten und 1,3 Prozent Umsatzanteil der Bürokratiekosten insgesamt deutlich weniger belastet. Das dritte in die Analyse einbezogene Unternehmen, das mit 500 Beschäftigten eine mittlere Größenposition einnahm, lag auch in der Bürokratiekostenbelastung zwischen den beiden anderen Unternehmen, allerdings näher an dem „MidCap“ mit 1.700 Beschäftigten. Eine deutliche Bürokratiekostendegression bezogen auf Umsatz und Beschäftigung scheint also zwischen 170 und 500 Beschäftigten einzutreten (Akalan et al., 2025; Icks/Weicht, 2023), wobei mangels vergleichbarer Untersuchungen unklar ist, ob dieser Befund spezifisch für den Maschinenbau ist oder andere (Industrie-)Branchen ebenso betrifft.

Abbildung 2-2 befasst sich mit der Frage, ob die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in den vergangenen drei Jahren zusätzliche Stellen schaffen mussten, um die steigenden gesetzlichen Berichts- und Dokumentationspflichten zu erfüllen. Knapp 30 Prozent der befragten Unternehmen geben an, tatsächlich neues Personal für diese Aufgaben eingestellt zu haben; mit rund 70 Prozent verneint jedoch die Mehrheit, dass hierfür zusätzliche Stellen geschaffen wurden. Insgesamt zeigt sich damit, dass aufgrund der zunehmenden regulatorischen Anforderungen viele Unternehmen personell aufstocken mussten, die Mehrheit aber versucht, die zusätzliche Bürokratie mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen.

Abbildung 2-2: Sind in den letzten drei Jahren zusätzliche Stellen in Ihrem Unternehmen geschaffen worden, um die gesetzlichen Berichts- und Dokumentationspflichten zu erfüllen?

Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie, Angaben in Prozent, 2025



N = 180

Quelle: IW-Zukunftspanel, 52. Welle, 2025

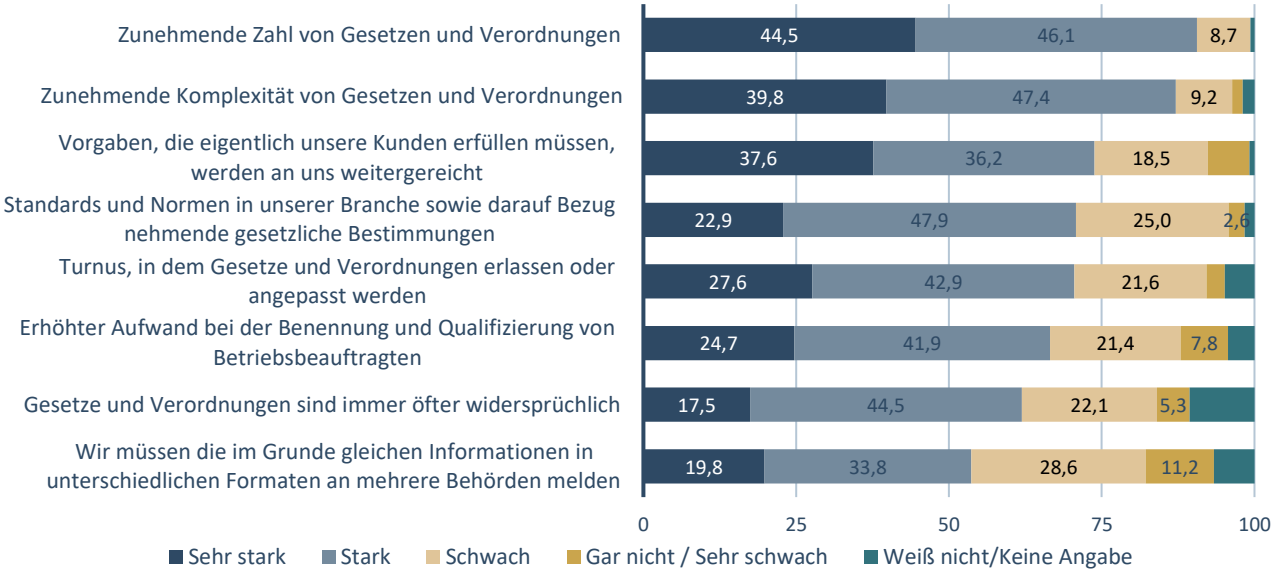
2.2 Gründe für den Bürokratieanstieg sowie das Scheitern bei ihrem Abbau

Nachfolgend wird zunächst auf die Gründe für zunehmende Bürokratie eingegangen, die sich direkt aus dem Gesetzgebungsprozess und den regulatorischen Anforderungen ableiten lassen. In Abbildung 2-4 wird nachfolgend auch auf übergeordnete gesellschaftliche und politische Entwicklungen Bezug genommen, die es erschweren, Bürokratie abzubauen beziehungsweise von vorneherein bürokratieärmere Regelungen zu finden. Abbildung 2-3 zeigt, welche Faktoren aus Sicht der M+E-Unternehmen maßgeblich zum Anstieg der bürokratischen Belastung beitragen. Am stärksten wirken dabei die wachsende Anzahl von Gesetzen und Verordnungen sowie die zunehmende Komplexität, die jeweils von rund neun von zehn Unternehmen als starker oder sehr starker Belastungstreiber eingestuft werden. Die Anzahl der Regelungen wird dabei noch häufiger genannt als deren Komplexität, was mit der kontinuierlichen Zunahme der geltenden Einzelregelungen aus Bundesgesetzen und -verordnungen (Röhl, 2024a) korrespondiert. Auch die Häufigkeit, mit der gesetzliche Regelungen angepasst werden, trägt nach Einschätzung von rund 70 Prozent der Betriebe spürbar zur

Bürokratielast bei. Branchenbezogene Standards und Normen sowie darauf aufbauende gesetzliche Vorgaben liegen mit gut 70 Prozent Nennungen ebenfalls weit vorne. Die Weitergabe kundenseitiger Anforderungen an Unternehmen wird von knapp drei Vierteln als deutlicher Belastungsfaktor gesehen. Uneinheitliche Meldepflichten und widersprüchliche gesetzliche Vorgaben werden etwas seltener, aber weiterhin von einer Mehrheit der Unternehmen als relevant genannt. Insgesamt zeigt sich, dass der Anstieg der administrativen Last vor allem auf ein immer umfangreicheres, komplexeres und häufig verändertes Regelwerk zurückgeführt wird.

Abbildung 2-3: Inwieweit tragen die folgenden Aspekte zu einem Anstieg der bürokratischen Belastung bei?

Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie, Angaben in Prozent, 2025



N = 159

Quelle: IW-Zukunftspanel, 52. Welle, 2025

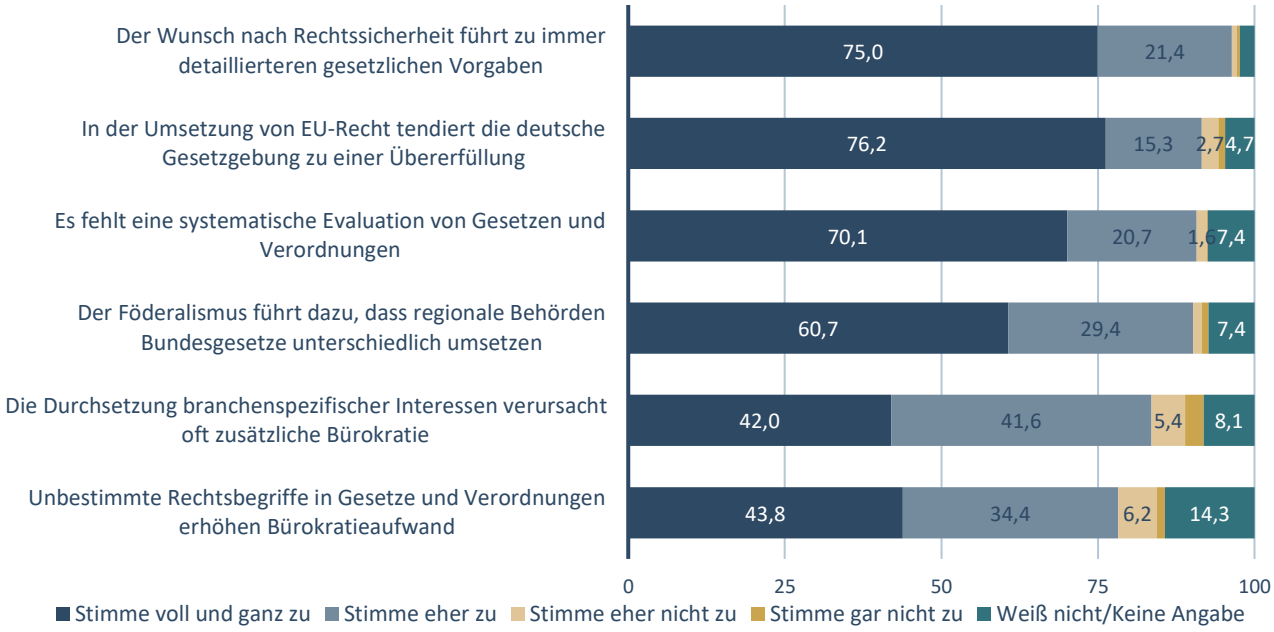
Mit der zunehmenden Komplexität der Gesetze und Verordnungen sowie der ebenfalls zunehmenden Gesetzeszahl führen die gleichen Punkte die Rangliste der Nennungen in der M+E-Industrie an wie für alle befragten Unternehmen, allerdings ist der Anteil der „sehr stark"-Nennungen geringer als für alle Unternehmen. An dritter Stelle der Bürokratietreiber rangieren für alle Unternehmen bereits brancheninterne Standards und Normen und darauf Bezug nehmende Gesetze, während dieser Aspekt für die M+E-Unternehmen erst an vierter Stelle nach den häufigen Gesetzesanpassungen folgt. Widersprüchliche Gesetze und Verordnungen werden von allen Unternehmen an fünfter Position genannt, während sich die M+E-Unternehmen offenbar weniger mit Widersprüchen in der Gesetzgebung konfrontiert sehen und diesen Punkt an letzter Stelle nennen. Dafür wird der Aufwand im Zusammenhang mit Betriebsbeauftragten von den M+E-Unternehmen als gravierender eingeschätzt – für alle Unternehmen liegt dieser Aspekt auf dem letzten Platz.

Abbildung 2-4 gibt wieder, welche Gründe aus Sicht der M+E-Unternehmen dazu führen, dass in Deutschland bislang kaum Bürokratie abgebaut wurde. Während die in Abbildung 2-3 aufgeführten Aspekte eher den praktischen Bereich der Gesetzgebung und Gesetzeswirkung betreffen, werden in Abbildung 2-4 übergeordnete Gründe der bürokratietreibenden Verrechtlichung auf gesellschaftlicher und politischer Ebene

eingeordnet. Besonders häufig wird der Wunsch nach möglichst hoher Rechtssicherheit genannt, der zu immer detaillierteren gesetzlichen Vorgaben führt. Diesen Aspekt bestätigen insgesamt gut 96 Prozent der M+E-Unternehmen. Eine ähnlich hohe Zustimmung von knapp 92 Prozent entfällt auf die Einschätzung, dass Deutschland EU-Vorgaben häufig übererfüllt und dadurch zusätzliche Bürokratie erzeugt. Zwar verspricht die Politik seit vielen Jahren, EU-Vorgaben nur 1 : 1 ohne „Goldplating" umzusetzen, doch die Realisierung des Versprechens scheint nicht zu gelingen. Oft gibt es bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationale Gesetze und bei den Durchführungsbestimmungen für EU-Verordnungen Spielraum, der von betroffenen Unternehmen als Goldplating aufgefasst wird, während der Gesetzgeber eine Notwendigkeit zur Interpretation von EU-Vorgaben in der Umsetzung sieht. Die Festlegung, was Goldplating ist, ist daher nicht unumstritten. Auch der Föderalismus wird als bedeutsamer Hemmschuh wahrgenommen: Rund 90 Prozent kritisieren, dass Bundesgesetze regional unterschiedlich umgesetzt werden und dadurch zusätzlicher Aufwand entsteht.

Abbildung 2-4: Warum haben wir es in Deutschland bisher nicht geschafft, Bürokratie abzubauen?

Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie, Angaben in Prozent, 2025



N = 180

Quelle: IW-Zukunftspanel, 52. Welle, 2025

Etwa 90 Prozent der befragten M+E-Unternehmen sehen außerdem das Fehlen einer systematischen Evaluation bestehender Gesetze und Verordnungen als wichtigen Grund dafür, dass der eigentlich gewünschte und auch seitens der Wirtschaftspolitik oft angekündigte Bürokratieabbau nicht gelingt. Etwas seltener, aber weiterhin von einer deutlichen Mehrheit genannt, sind innerwirtschaftliche Interessenkonflikte: Rund 84 Prozent stimmen zu, dass auch die Durchsetzung branchenspezifischer Anliegen zusätzlichen bürokratischen Aufwand erzeugen kann. Schließlich bewerten knapp 78 Prozent unbestimmte Rechtsbegriffe als Problem, da sie in der Praxis zu Interpretationsspielräumen, Rechtsunsicherheit und zusätzlichen Nachweispflichten führen können. Insgesamt zeigt sich, dass die M+E-Industrie den fehlenden Bürokratieabbau vor allem auf strukturelle Defizite der Gesetzgebung und deren Umsetzung zurückführt, die durch häufige Überregulierung und mangelnde Vereinheitlichung geprägt sind. Im Vergleich zum Durchschnitt aller befragten

Unternehmen (vgl. Röhl et al., 2026) zeigt sich eine sehr ähnliche Gesamtbewertung mit überwiegend sehr hohen Nennungen für „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“. Für alle Unternehmen wie auch für die M+E-Unternehmen steht der Wunsch nach Rechtssicherheit an erster Stelle der Faktoren, die Bürokratieabbau be- und verhindern, während die Plätze 2 und 3 vertauscht sind: Für alle Unternehmen liegt das Fehlen einer systematischen Gesetzesevaluation auf Rang 2 der genannten Punkte.

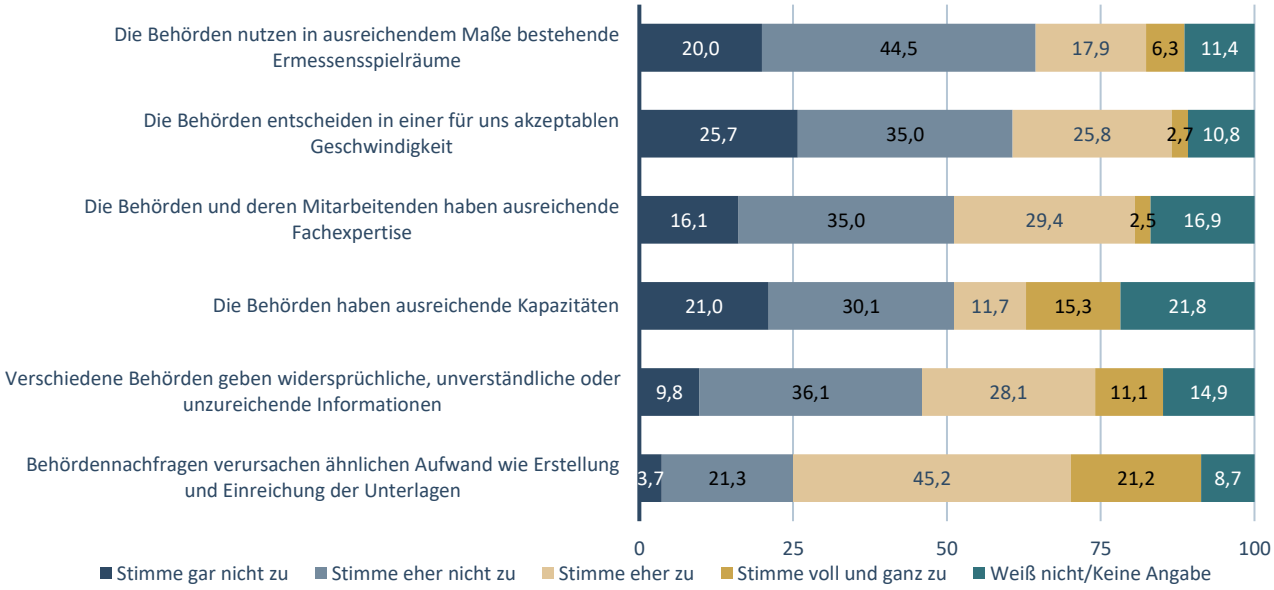
3 Bewertung der Arbeit der Verwaltungen

Die Unternehmen wurden in der Befragung auch um eine Bewertung der Arbeit der Verwaltungen und Fachbehörden gebeten, denn es gibt zunehmende Kritik an der Qualität und Geschwindigkeit der behördlichen Entscheidungsfindung (vgl. Schaefer et al., 2021; Jäkel et al., 2025). Abbildung 3-1 gibt wieder, wie die M+E-Unternehmen die Arbeit der für sie zuständigen Behörden einschätzen. Insgesamt fällt das Bild dabei kritisch aus. Besonders deutlich wird dies bei der Frage nach der Nutzung vorhandener Ermessensspielräume: Nur rund 38 Prozent der Unternehmen stimmen zu, dass Behörden diese angemessen ausschöpfen, während eine Mehrheit von gut 64 Prozent dies gegenteilig sieht. Ein Grund für diesen Befund könnte sein, dass die Flexibilität der Sachbearbeiter in den Behörden bei der Umsetzung von Vorschriften angesichts der wachsenden Regulierungsdichte rückläufig ist. Auch bei der Geschwindigkeit der Entscheidungen ergibt sich ein ähnliches Muster. Lediglich etwa 31 Prozent empfinden das Bearbeitungstempo als akzeptabel, während knapp 61 Prozent dies nicht so sehen. Angesichts der Notwendigkeit, umfangreiche Investitionen zur Umstellung von Maschinen und Anlagen in der M+E-Industrie zu tätigen, um die politisch beschlossene Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, erscheint diese Beurteilung der Geschwindigkeit der Prozesse in den Verwaltungen als Alarmsignal.

Bei der Bewertung der Fachkompetenz der Verwaltungsmitarbeiter zeigt sich ein etwas ausgewogeneres Bild, dennoch überwiegt auch hier die Skepsis: Rund 45 Prozent bestätigen ausreichende Expertise, aber 51 Prozent äußern Zweifel oder lehnen die Aussage ab. Dabei ist zu bedenken, dass die Qualität der öffentlichen Verwaltungen lange Zeit als ein Standortvorteil für wirtschaftliche Tätigkeit in Deutschland wahrgenommen wurde (Hüther et al., 2023). Noch kritischer werden die Kapazitäten in den Verwaltungen bewertet. Nur gut 33 Prozent der M+E-Unternehmen halten die behördlichen Ressourcen – vor dem Hintergrund der immer komplexeren Regelungen – für ausreichend, während mehr als die Hälfte dies als nicht gegeben ansieht. Besonders hervor sticht der Umgang mit Informationen: Knapp 46 Prozent der Befragten berichten, dass verschiedene Behörden widersprüchliche oder unzureichende Informationen geben. Zu beachten ist, dass sich ab hier in der Frage und der grafischen Darstellung „umdreht“, was als negativ beziehungsweise als positiv aufzufassen ist. Der größte Problempunkt bleibt jedoch der Aufwand, der durch behördliche Nachfragen entsteht. Mehr als 66 Prozent der Unternehmen stimmen zu, dass Nachforderungen oft ähnlich viel Arbeit verursachen wie die ursprüngliche Erstellung der Unterlagen. Insgesamt zeigt sich damit, dass die M+E-Unternehmen die Arbeit der Behörden überwiegend als zu langsam, zu uneinheitlich und personell unzureichend ausgestattet wahrnehmen, was die bürokratische Belastung zusätzlich verstärkt.

Abbildung 3-1: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen bezüglich der für Ihr Unternehmen zuständigen Behörden zu?

Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie, Angaben in Prozent, 2025



N = 180

Quelle: IW-Zukunftspanel, 52. Welle, 2025

Vergleicht man die Antworten mit dem Durchschnitt aller 1.088 befragten Unternehmen, so fällt auf, dass die unzureichende Geschwindigkeit bei Entscheidungen für alle Unternehmen mit insgesamt über 71 Prozent Nicht-Zustimmung an erster Stelle rangiert, noch vor der Frage nach der Nutzung von Ermessenspielräumen, die für die M+E-Unternehmen der größte Kritikpunkt ist. Ebenso rangiert für alle Unternehmen die Frage der Behördenkapazitäten an dritter Stelle vor der Fachexpertise, deren ungünstige Bewertung für die Unternehmen der M+E-Industrie Rang 3 einnimmt. Für die beiden weiteren Fragen ist die Einschätzung durch alle Unternehmen und die M+E-Industrie hingegen sehr ähnlich.

4 Erfolgversprechende Maßnahmen zum Bürokratieabbau im Spiegel der Befragung

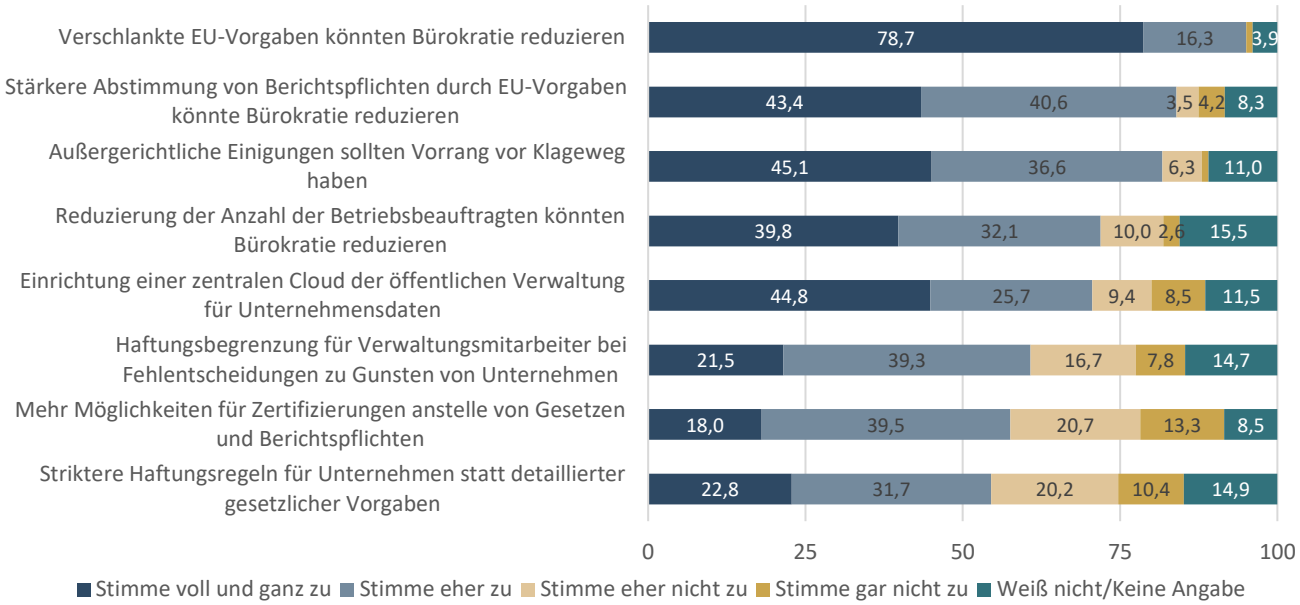
Immer wieder hat die Politik Anläufe unternommen, den Bürokratieaufwand für die Unternehmen zu verringern, etwa im Rahmen der bislang vier Bürokratieentlastungsgesetze (Röhl, 2024a) und der Agenda-2010-Reformen vor zwei Jahrzehnten (Kroker et al., 2004). Bislang waren diese Anläufe aber allenfalls punktuell von Erfolg gekrönt, in der Breite hat die Bürokratie hingegen weiter zugenommen. In diesem Kapitel wird deshalb der Blick auf die Maßnahmen gerichtet, die aus Sicht der Unternehmen der M+E-Industrie tatsächlich zum Abbau von Bürokratie beitragen könnten.

Abbildung 4-1 zeigt, wie die M+E-Unternehmen verschiedene Maßnahmen zur möglichen Reduzierung bürokratischer Belastungen einschätzen. Am deutlichsten wird der Wunsch nach einer grundlegenden Straffung europäischer Vorgaben: Mit rund 95 Prozent Zustimmung wird diese Maßnahme mit Abstand am häufigsten als erfolgversprechend bewertet. Eine stärkere Abstimmung von Berichtspflichten durch EU-Vorgaben, also

weniger widersprüchliche oder doppelte Anforderungen, findet ebenfalls breite Unterstützung; dieser Punkt wird von gut 84 Prozent als hilfreich eingeschätzt. Die aktuell laufenden Maßnahmen der EU-Kommission im Rahmen der „Omnibus"-Pakete zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch einfachere und bessere Regulierung (European Commission, 2026; Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben, 2026) adressieren damit ein von der großen Mehrheit der Unternehmen genanntes Problem. Der Abbau von Bürokratie setzt die Bereitschaft des Gesetzgebers voraus, dies gilt auch für die europäische Ebene. Mit den laufenden Omnibus-Verfahren der EU-Kommission wird der politische Wille zu wettbewerbsfördernden Vereinfachungen bekundet (Röhl et al., 2026). Dabei bleibt allerdings abzuwarten, wie erfolgreich diese Pakete angesichts weiter steigender inhaltlicher Regulierungsanforderungen sein werden.

Abbildung 4-1: Wie ist Ihre Einschätzung zu folgenden Maßnahmen, die potenziell Bürokratie reduzieren könnten?

Metall- und Elektroindustrie, Angaben in Prozent, 2025



N = 180

Quelle: IW-Zukunftspanel, 52. Welle, 2025

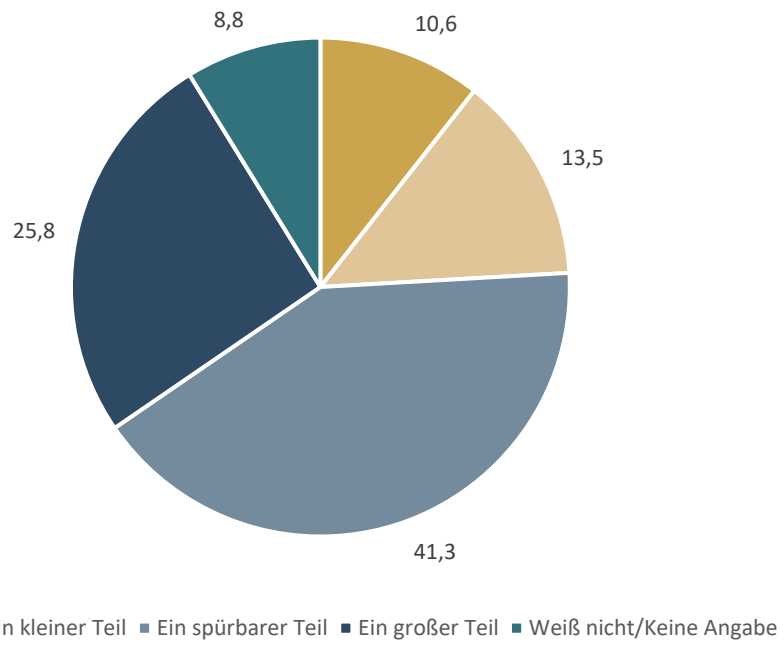
Ebenfalls hohe Zustimmung erhält das Instrument der außergerichtlichen Einigungen, die aus Sicht von knapp 82 Prozent der Unternehmen bürokratischen Aufwand reduzieren könnten, etwa durch kürzere Verfahren und geringeren Gerichtsaufwand. Auch die Reduzierung der Zahl von Betriebsbeauftragten wird von über 72 Prozent der Unternehmen als relevante Entlastungsmaßnahme gesehen – dies ist ein Punkt, bei dem die Bundesregierung im Herbst 2025 Maßnahmen zur Erleichterung eingeleitet hat (Röhl et al., 2026). Eine ähnliche Größenordnung erreicht die Idee einer zentralen Cloud-Lösung der öffentlichen Verwaltung für Unternehmensdaten, der gut 70 Prozent der Befragten zustimmen. Die schleppende Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) und die bislang fehlende digitale Verknüpfung staatlicher Register mit unternehmensbezogenen Daten stellt generell ein erhebliches Problem für die Wirtschaft dar (Büchel et al., 2026).

Deutlich verhaltener fällt die positive Einschätzung bei haftungsbezogenen Ansätzen aus. Rund 61 Prozent befürworten eine Haftungsbegrenzung für Verwaltungsmitarbeiter, während lediglich 57 Prozent mehr

Handlungsspielräume für Zertifizierungen anstelle detaillierter gesetzlicher Vorgaben positiv bewerten. Striktere Haftungsregeln für Unternehmen anstelle von Detailvorgaben in Gesetzen werden mit knapp 55 Prozent Zustimmung am seltensten als wirksames Mittel betrachtet, eine Mehrheit der Befragten findet dieses Instrument damit aber ebenfalls geeignet. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass eine große Mehrheit der M+E-Unternehmen in strukturellen, systemorientierten Reformen – insbesondere auf europäischer Ebene – das größte Potenzial für einen spürbaren Abbau bürokratischer Anforderungen sieht. Dabei werden verschlankte EU-Vorgaben von einem noch größeren Anteil der M+E-Unternehmen als die wichtigste Maßnahme genannt als von allen befragten Unternehmen. Die stärkere Abstimmung von EU-Berichtspflichten steht an zweiter Stelle der Maßnahmen, während sie für alle Unternehmen erst auf Rang 3 hinter außergerichtlichen Einigungen folgt. Von den M+E-Unternehmen werden striktere Haftungsregeln für Unternehmen am seltensten als Weg zum Bürokratieabbau genannt, während sich dieser Punkt für alle Unternehmen auf drittletzter Position befand und die Haftungsbegrenzung von Verwaltungsmitarbeitern die letzte Position einnahm.

Abbildung 4-2: Welcher Anteil der Gesetze, die in den letzten zehn Jahren verabschiedet wurden, könnte Ihrer Meinung nach durch Selbstverpflichtungen ersetzt werden?

Metall- und Elektroindustrie, Angaben in Prozent, 2025



N = 180

Quelle: IW-Zukunftspanel, 52. Welle, 2025

Selbstverpflichtungen wären ein gangbarer Weg, immer neue und tiefer in Marktprozesse eingreifende Gesetze zur Verfolgung von Gesellschafts- und Umweltzielen zu vermeiden. Abbildung 4-2 gibt wieder, wie hoch die M+E-Unternehmen den Anteil der Gesetze einschätzen, die in den vergangenen zehn Jahren durch Selbstverpflichtungen der Wirtschaft hätten ersetzt werden können. Rund 41 Prozent der Betriebe gehen davon aus, dass zumindest ein spürbarer Teil der gesetzlichen Vorgaben auch ohne formale Regulierung hätte abgedeckt werden können. Weitere 26 Prozent sehen sogar einen großen Teil als substituierbar an. Demgegenüber sind nur 13,5 Prozent der Ansicht, dass lediglich ein kleiner Teil hätte ersetzt werden können, während 10,6 Prozent überhaupt keinen Spielraum für Selbstverpflichtungen erkennen. Etwa 9 Prozent machen keine

Angabe. Insgesamt überwiegt damit klar die Einschätzung, dass freiwillige Standards, Selbstregulierung und brancheninterne Verpflichtungen bei einem beträchtlichen Teil neuer Gesetze eine ernste Alternative zur staatlichen Regulierung hätten darstellen können.

5 Fazit und (wirtschafts)politische Lösungsansätze

Die Auswertung der Unternehmensbefragung im Rahmen der 52. Welle des IW-Zukunftspanels zeigt die Unternehmen der deutschen M+E-Industrie als durch bürokratische Auflagen hoch belastet. Diese Belastung hat nach Einschätzung der antwortenden Unternehmen innerhalb der vergangenen drei Jahre sogar noch zugenommen. Dabei tragen sowohl die steigende Anzahl der einschlägigen Rechtsnormen als auch die Komplexität und zum Teil auch Widersprüchlichkeit der Bestimmungen zur Problematik bei. Die politisch forcierte Reduktion von Dokumentations- und Berichtspflichten der Bundesgesetzgebung, die seit circa 2006 mit dem Standardkostenmodell erfasst werden, scheint in Anbetracht der immer komplexeren Gesetzgebung und ansteigenden Normenzahl weitgehend wirkungslos verpufft zu sein.

Um der wachsenden Belastung einen wirksamen Riegel vorzuschieben, scheinen deshalb tiefgreifendere Maßnahmen notwendig zu sein. Diese müssen auch am „Mindset“ von Politik und Gesellschaft ansetzen, das bislang der Devise zu folgen scheint, dass die Erreichung gesellschafts- und umweltpolitischer Ziele immer mit noch mehr Regulierung anzustreben sei. Vor etwa zwei Jahrzehnten hat mit den Reformen der Agenda 2010, zu denen auch Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie gehörten (Kroker et al., 2004) schon einmal ein solcher Wechsel des Mindsets stattgefunden und es wurden neue Wachstumskräfte geweckt. Im Zentrum einer neuen Agenda für das kommende Jahrzehnt sollte ein größeres Vertrauen in die wirtschaftlichen Akteure und in Marktkräfte anstelle staatlicher Regulierung stehen (Röhl et al., 2026). Eine wirksame „One-in-two-out“-Regel könnte dieses Ziel unterstützen. Sie würde die bisherige „One-in-one-out“-Regelung ersetzen, nach der für neue Belastungen durch Gesetze und Verordnungen lediglich ein gleichwertiger Abbau bestehender Belastungen vorgesehen ist. Da es von der One-in-one-out-Regel Ausnahmen gibt – etwa für Gesetze, die aufgrund von EU-Recht erlassen werden – hat sie sich als wirkungslos erwiesen. Am Mindset ansetzen würde dabei die Erkenntnis, dass nicht alle Ziele über neue Gesetze angestrebt werden müssen und Selbstverpflichtungen und Haftungsregeln einen Teil der Bestimmungen überflüssig machen könnten. Eine Stärkung der Eigenverantwortung könnte generell dazu beitragen, die erlahmenden Wachstumskräfte wiederzubeleben.

Wichtig erscheint zudem, die oft widersprüchlichen Detailregelungen in verschiedenen Fachgesetzen besser aufeinander abzustimmen. Hierbei könnten digitale Tools unter Nutzung Künstlicher Intelligenz helfen, die bestehenden Widersprüche systematisch aufzudecken. Der beschleunigte Übergang zu digitaltauglichen Rechtsnormen – der von der Bundesregierung ohnehin seit mehreren Jahren angestrebt, aber bislang nicht mit Nachdruck verfolgt wird – könnte zusätzlich helfen, ein schlankes und widerspruchsfreies Regelwerk zu erarbeiten.

6 Abstract

Like businesses in general, companies in the metal and electrical industry are subject to substantial government bureaucracy. As part of the 'IW-Zukunftspanel', a regular representative business survey, more than 1,080 companies were surveyed in autumn 2025 on their perceptions of the bureaucratic burden and its evolution. Among the topics of the survey, the reasons for the perceived increase in bureaucracy and regulation and the difficulties in effectively reducing bureaucracy were included. 180 of the participating companies were from metal and electrical manufacturing branches, which include the automotive and mechanical industries. 85 per cent of metal and electrical companies report an increase in the bureaucratic burden over the past three years; three in ten companies have had to hire additional staff to cope with this rise. The growing number of laws and the increasing complexity of the regulations are seen as the main reasons for this rise. The role of public administrative entities is also assessed in a critical way. Almost two-thirds of the companies complain that administrative staff do not make adequate use of their discretionary powers, and six out of ten companies describe the speed of administrative procedures as too slow. As measures to tackle the legislative burden, the companies recommend effectively limiting the 'production' of new laws in the legislative process and reviewing existing legislation to assess its relevance and effectiveness in achieving the intended objectives. 55 per cent of companies state that a noticeable part of laws could be replaced by voluntary commitments. A review of EU legislation – which has increased significantly in recent years – and a stop of 'gold plating' because of Germany going beyond the requirements of EU regulations are also cited as helpful measures. Overall, a mindset shift towards a trust-based regulatory approach could be a viable way of at least partially reducing detailed bureaucratic provisions.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Wie hat sich der Aufwand zur Erfüllung gesetzlicher Berichts- und Dokumentationspflichten in den letzten drei Jahren entwickelt? 7

Abbildung 2-2: Sind in den letzten drei Jahren zusätzliche Stellen in Ihrem Unternehmen geschaffen worden, um die gesetzlichen Berichts- und Dokumentationspflichten zu erfüllen? 8

Abbildung 2-3: Inwieweit tragen die folgenden Aspekte zu einem Anstieg der bürokratischen Belastung bei? 9

Abbildung 2-4: Warum haben wir es in Deutschland bisher nicht geschafft, Bürokratie abzubauen? 10

Abbildung 3-1: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen bezüglich der für Ihr Unternehmen zuständigen Behörden zu? 12

Abbildung 4-1: Wie ist Ihre Einschätzung zu folgenden Maßnahmen, die potenziell Bürokratie reduzieren könnten? 13

Abbildung 4-2: Welcher Anteil der Gesetze, die in den letzten zehn Jahren verabschiedet wurden, könnte Ihrer Meinung nach durch Selbstverpflichtungen ersetzt werden? 14

Literaturverzeichnis

Akalan, Rodi / Schlepphorst, Susanne / Icks, Annette, 2025, Bürokratiekosten von Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau – Folgestudie, Studie für die IMPULS-Stiftung durchgeführt vom Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, https://impuls-stiftung.de/wp-content/uploads/2025/03/2025-02_IMPULS-Studie_Buerokratiekosten-von-Unternehmen-aus-dem-Maschinen-und-Anlagenbau.pdf [5.5.2026]

BDI-Expertenkreis zur Staatsmodernisierung, 2026, Agenda EinfachStaat, Vertrauensbasierte Regulierung & Verwaltungsdigitalisierung. Empfehlungen des Expertenkreises zur Staatsmodernisierung, Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), https://bdi.eu/media/pages/specials/einfach-staat/107a3ead60-1773221637/bdi_agenda_einfachstaat_260303_online.pdf [25.3.2026]

Büchel, Jan / Gruben, Clemens Fabian / Röhl, Klaus-Heiner, 2026, Behörden-Digimeter 2026 – E-Government und Verwaltungsdigitalisierung: Aktueller Status quo und die Maßnahmen der Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt, Gutachten im Auftrag der INSM, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2026/Beh%C3%B6rden-Digimeter_2026.pdf [22.4.2026]

Diegmann, André / Kubis, Alexander, 2025, Die Betriebe mussten in den letzten drei Jahren 325.000 Arbeitskräfte zusätzlich einstellen, um die gewachsene Bürokratie zu bewältigen, in: IAB-Forum, 20.10.2025, https://iab-forum.de/die-betriebe-mussten-in-den-letzten-drei-jahren-325-000-arbeitskraefte-zusaetzlich-einstellen-um-die-gewachsene-buerokratie-zu-bewaeltigen/ [27.5.2026]

European Commission, 2026, Simplification, https://commission.europa.eu/law/law-making-process/better-regulation/simplification-implementation-and-enforcement/simplification_en [29.05.2026]

Falck, Oliver / Yuchen, Mo Guo / Pfaffl, Christian, 2024, Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand, ifo Studie, 01-17, https://www.ifo.de/publikationen/2024/monographie-autorenschaft/entgangene-wirtschaftsleistung-durch-buerokratie [1.6.2026]

Gruben, Clemens Fabian / Kirchhoff, Jasmina / Mertens, Armin / Raison, Fearghal, 2025, Kosten der Bürokratie in der pharmazeutischen Industrie: Bürokratieabbau für einen starken pharmazeutischen Produktionsstandort, Gutachten im Auftrag des vfa – Verband forschender Arzneimittelhersteller e. V., https://www.iwkoeln.de/studien/clemens-fabian-gruben-jasmina-kirchhoff-armin-mertens-fearghal-raison-buerokratieabbau-fuer-einen-starken-pharmazeutischen-produktionsstandort.html [2.6.2026]

Hammermann, Andrea / Röhl, Klaus-Heiner, 2025, Ein Tag pro Woche für Bürokratie, IW-Kurzbericht, Nr. 94, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2025/IW-Kurzbericht_2025-B%C3%BCrokratie.pdf [9.3.2026]

Hüther, Michael et al., 2023, Industriepolitik in der Zeitenwende, IW-Policy Paper, Nr. 7, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2023/IW-Policy-Paper_2023-Industriepolitik_in_der_Zeitenwende.pdf [29.5.2026]

Icks, Annette / Weicht, Rebecca, 2023, Bürokratiekosten von Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau, Studie für die IMPULS-Stiftung durchgeführt vom Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn,

https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/publikationen/externe_veroeffentlichungen/dokumente/2023-01_IMPULS_IfM_Kurzstudie_B%C3%BCrokratiekosten.pdf [18.5.2026]

Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben, 2026, Omnibus-Pakete 2025/2026, https://www.ihk.de/bodensee-oberschwaben/international/news/-omnibus-paket--6488410 [18.5.2026]

Jäkel, Julia / de Maizière, Thomas / Steinbrück, Peer / Voßkuhle, Andreas, 2025, Initiative für einen handlungsfähigen Staat, Abschlussbericht, https://www.hertie-school.org/fileadmin/4_Debate/Debate_Photos_Downloads/2024/Initiative_handlungsfaehiger_staat/20250714_Initiative_Staatsreform_Abschlussbericht.pdf [1.6.2026]

Kroker, Rolf / Lichtblau, Karl / Röhl, Klaus-Heiner, 2004, Abbau von Bürokratie in Deutschland – Mehr als die Abschaffung von Einzelvorschriften, IW-Analysen, Nr. 3, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Analysen/PDF/Bd_3_B%C3%BCrokratieabbau.pdf [11.5.2026]

NKR – Nationaler Normenkontrollrat, 2025, Einfach, schnell, wirksam, Den Staat neu gestalten, Jahresbericht 2025, https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/SharedDocs/Downloads/DE/Jahresberichte/2025-jahresbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [19.1.2026]

Röhl, Klaus-Heiner, 2024a, Bürokratieentlastungsgesetze – Warum wirken sie nicht wie gewünscht?, IW-Kurzbericht, Nr. 88, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2024/IW-Kurzbericht_2024-B%C3%BCrokratieentlastungsgesetze.pdf [15.1.2026]

Röhl, Klaus-Heiner, 2024b, Mid Caps und Familienunternehmen – Wie stark ist der große Mittelstand in Deutschland? IW-Analysen, Nr. 157, https://www.iwkoeln.de/studien/klaus-heiner-roehl-mid-caps-und-grosse-familienunternehmen.html [28.1.2026]

Röhl, Klaus-Heiner / Seyda, Susanne / Schmitz, Edgar, 2026, Bürokratielasten aus Sicht der deutschen Wirtschaft – Befragungsergebnisse und Handlungsempfehlungen, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2026/IW-Policy-Paper_2026-B%C3%BCrokratielasten.pdf [25.3.2026]

Schaefer, Thilo et al., 2021, Der ökonomische und ökologische Impact beschleunigter Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme unter besonderer Berücksichtigung der Chemischen Industrie, Gutachten im Auftrag des Verbands der Chemischen Industrie, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2021/Gutachten-IW-Planungs-und-Genehmigungsverfahren.pdf [20.5.2026]